



STELLUNGNAHME zum Ergänzungsantrag CDU-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	2017/0610
	Verantwortlich:	Dez. 2
Badisches Staatstheater		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	26.09.2017	13.1	x	

Kurzfassung

Nach Staatsvertrag teilen sich Stadt und Land die Kosten für das Badische Staatstheater. Insofern könnte eine Begrenzung der Vollkosten nur mit Zustimmung des Landes festgelegt werden.

Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen)		<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt		Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Haushaltsmittel stehen (bitte auswählen)		Kontenart:			
Kontierungsobjekt: (bitte auswählen)					
Ergänzende Erläuterungen:					
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	Handlungsfeld: (bitte auswählen)
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>	ja	abgestimmt mit

Die Ausgaben der Stadt Karlsruhe für die Sanierung und Erweiterung des Badischen Staatstheaters werden auf max. 150 Millionen Euro begrenzt.

Nach Staatsvertrag teilen sich Stadt und Land die Kosten für das Badische Staatstheater. Insofern könnte eine Begrenzung der Vollkosten nur mit Zustimmung des Landes festgelegt werden.

Trotzdem kann dem Anliegen der CDU dahingehend Rechnung getragen werden, dass die Stadt im Verwaltungsrat und im Bauausschuss des Verwaltungsrats projektbegleitend auf die Ausarbeitung und Umsetzung aller realistischen Einsparmöglichkeiten drängt, die sich im weiteren Planungs- und Bauprozess ergeben (projektbegleitendes Kostencontrolling), damit ein Gesamtvolumen von 300 Mio. Euro nicht überschritten wird. Dazu wird jedes einzelne Modul nach Entwurf und Kostenberechnung intensiv überprüft. Provisorien werden möglichst gering gehalten. Diese Vorgehensweise liegt auch im Interesse des Landes, das wie die Stadt zu wirtschaftlichem Bauen verpflichtet ist.

Die heute bereits identifizierten Einsparpotenziale wie der VIP-Bereich oder die Optimierung des Sekundärdachs werden umgehend in die Planung aufgenommen.